

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

20 (24.1.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Erscheinung der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags. Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 20. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 24. Januar 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Die erste Wirkung.

Der Wahlrechtssonntag hat eine erste überaus wirkungsvolle Wirkung erzielt. Der halbamtliche Zentralanzeiger meldet nämlich, daß die preussische Regierung angesichts der Volksstimmung vom 21. Januar den in der Thronrede angekündigten Reformversuch aufgegeben habe. Man wagt es nicht mehr, am preussischen Landtagswahlrecht zu rühren, weil man weiß, daß bei jedem Versuch des Umbaus der ganze morische Bau zusammenstürzen würde. Dieser Rückzug der Regierung ist für sie selbst eine eben so große Blamage wie für die junge preussische Wahlrechtsbewegung — die ja nie damit gerechnet hat, das Dreiklassenwahlrecht gleich mit dem ersten Schlag zertrümmern zu können — ein unerhofft großer Erfolg. Darin darf man sich nicht irren lassen von den unermesslichen Bestreben der Liberalen, die jetzt schon müssen, wie ihnen ihre Stelle im Strom der Wahlrechtsbewegung abzuschnümmern. Die Liberalen hatten gehofft, bei der Wahlrechtsreform ihr kleines Geschäftchen machen zu können; aber mit den kleinen Geschäftchen ist es jetzt in Preußen aus, und es gibt nur mehr eine große weltberührende Frage. Das Abgeordnetenhaus ist nicht mehr im Stande, mit den veralteten lächerlichen Bestimmungen aufzuräumen zu können, ohne ganze Arbeit machen zu müssen. Entweder es wird auf der festen Grundlage des gleichen Wahlrechts neu aufgebaut werden oder es wird in dem Jahr hundert und ganzer Jahrhunderte ersaufen. Jeder andere Ausweg ist ihm von jetzt ab veripert.

Der Zentralanzeiger schreibt wörtlich an der Spitze seiner Montagabend-Ausgabe und mit auffälliger Schärfe: „Wir uns aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, dürfte die in der Thronrede angekündigte Wahlrechtsvorlage das Abgeordnetenhaus in absehbarer Zeit nicht beschäftigen. Die Regierung würde dabei wohl in Rücksichtnahme mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses handeln, da die Einbringung der Vorlage im gegenwärtigen Augenblick zu einer nach Ansicht der Mehrheitspartei zwecklosen allgemeinen Debatte über die Wahlrechtsfrage in Preußen führen würde. Die Vorlage sollte sich demnach auf die Aenderung einiger übergrößer Wahlkreise und auf Reformierung einzelner Bestimmungen des Wahlverfahrens beschränken. Eine allgemeine große Wahlrechtsdebatte dürfte jedoch gerade im gegenwärtigen Augenblick weder der Regierung noch der Mehrheit des Hauses angebracht erscheinen.“

Da haben wir es also! Da hat man uns von dem kaiserlichen und der Entschlossenheit der preussischen Regierung — derselben Regierung, die auf ein umfängliches solches Geschäft hin am 21. Januar die ganze Armee zum Schutz vor dem Volke aufbot! — noch Wunderdinge eingeedet. Und jetzt hat diese Regierung nicht einmal den Mut, eine Vorlage einzubringen, die sie in einem hochfeierlichen Staatsakt im Namen des Königs angekündigt hatte. Die preussische Regierung hat Furcht. Sie hat zwar Kanonen, Flinten, Maschinengewehre, sie hat sogar Soldaten, die schießen, wenn „Feuer“ kommandiert wird — aber sie hat keine Gründe, keine Worte der Ausrede und der Entschuldigung. Sie schließt der überbeweglichen Logik der preussischen Arbeiterforderung, sie vertritt sich vor den Argumenten unserer guten Rechts. „Aber Thema darf nicht gesprochen werden!“ Um Gottes willen nicht! Vorher ist im preussischen Abgeordnetenhaus Feinling der Mann, der sich offen und ehrlich ohne Umschweife und Vorbehalt als Anhänger des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bekannt hätte — dennoch wagt man es nicht mehr, in diesem Hause, eine „allgemeine große Wahlrechtsdebatte“ zu führen. Die Regierung und die Mehrheitspartei scheuen das Licht einer solchen Debatte; sie schließen sich zu einer großen Verschönerung des Schweigens zusammen, weil sie auf die Forderungen des Volkes nichts zu sagen wissen, nur mit den großen Kanonen können sie noch drohen und glauben dann Wunder was geschehen zu haben an Tapferkeit und entschlossener Weisheit!

Die preussischen Arbeiter kennen aber jetzt diese Furcht. Sie kennen sie gründlich und wissen, wie sie zu behandeln sind. Die preussischen Arbeiter sagen: „Wir fordern das gleiche Wahlrecht, und wir haben tausend Gründe für diese Forderung! Jeder, der uns, wenn ihr könnt!“ Die preussische Regierung aber laßt: „Wir haben drei Gründe, warum das gleiche Wahlrecht: denn wir können euch nicht zusammenreihen, zweitens zusammenhauen, drittens zusammenfressen.“ Die preussischen Arbeiter werden sich aber auf keine Willkür einlassen, sondern sie werden fortwährend ihre gute Forderung der Regierung und den herrschenden Klassen millionenstimmig in die Ohren schreien. Die Regierung hat die Strafe gegen agitierende Demonstrationen mit hunderttausend Soldaten glorreich behauptet; auf dem Feld des Rechts und der Vernunft aber hat sie jeden Widerstand aufgegeben und abdrängen lassen (siehe Reichsblatt). Sie hat nichts mehr als ihre Majestät: wir wollen sehen, wie lange sie auf dem Felde stehen kann!

Zur Nachwahl in Chemnitz.

Zur Nachwahl im 16. sächsischen Reichstagswahlkreis wird uns aus Chemnitz geschrieben: Es zeigt sich ein ungemein reges Interesse, das war auch

während der acht Tage zu bemerken, da die Listen zur Einsicht auslagen. Der Andrang war oft ungemein stark. Die Beamten waren bis abends 10 Uhr mit dem Vergleichen der Listen beschäftigt. In den letzten Tagen aber wurde es so schlimm, daß noch 10 Hilfskräfte herangezogen werden mußten. — Gute Aussichten auf die Wahlbeteiligung. Für den 20. und 21. Januar waren im 16. Reichstagswahlkreis wie anderwärts auch, Volksversammlungen angemeldet worden, in denen über Wahlrechts- und Verfassungskämpfe gesprochen werden sollte. Die Einberufer wurden überall an Polizeistellen beschiednen, daß Volksversammlungen mit diesem Thema verboten, dagegen Wählerversammlungen mit dem Thema: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ erlaubt würden. Dessen hatten sich die Genossen aber schon versehen und sie meldeten sofort Wähler versammlungen mit entsprechender Tagesordnung an.

Am Samstag traten die Parteien öffentlich in die Wahlbewegung ein. Mit Druderschwärze und nach dem Regent: viel hilft viel scheint der Wähler die Schlacht schlagen zu wollen. In ganzseitigen Inseraten der bürgerlichen Presse wird der „eint als mittellose Hürde in unsere Stadt eingewanderte Kommerzienrat Hermannsdorf“, der sich durch Fleiß, Umsicht und Unternehmungsgelbst, gepaart mit praktischem Verstand und offenem, ehrlichem Wesen zu einem unserer größten Industriellen emporgeschoben hat“, als Kandidat der vereinigten Konstitutionellen, Nationalliberalen, Reform- und aller Mittelstandsparteien empfohlen und „entgegengestellt“ als „freier, unabhängiger, selbstgenügender (11) Mann“ dem „von sozialdemokratischen Parteioberhäuptern abhängigen Redakteur, dem nur mit Wort und Feder streitenden jugendlichen (1) Theoretiker und mit revolutionären Phrasen auf das Volk einwirkenden und zu Straßendemonstrationen aufreizenden Schwärmer“, dem Kandidaten der Sozialdemokratie. Und in ähnlicher Weise wird von der handvoll Freisinnigen, die besonders den von ihnen „mit allen Kräften geführten Kampf gegen die revolutionäre Sozialdemokratie“ in den Vordergrund stellt, der Freisinnigen, Landtagsabgeordneter Günther-Klaun, empfohlen, der im Landtage für die Arbeiterchaft Knüttelpöhl zwischen die Beine geworfen. Von ihr wird den beiden Kandidaten Kandidaten eine gründliche Niederlage bereitet werden.

Der Kandidat der Sozialdemokratie, Redakteur Genosse Roske, stellte sich am Samstag und Sonntag in einigen Versammlungen, deren 11 abgehalten wurden, seinen Wählern vor. Alle Versammlungen waren so stark besucht, daß die Votale zum größten Teile schon vor Beginn polizeilich gesperrt waren. Ueber „Die bevorstehende Reichstagswahl“ sprachen die Genossen Reichstagsabgeordneter Lipinsky-Weipzig, Grenz-Weipzig, Goldstein-Weipzig u. a. Von allen wurde auf die glückliche Lage hingewiesen, in der sich der 16. Wahlkreis z. B. befindet. Da konnten die Versammlungen nicht verboten werden, wie anderswo an allen Ecken und Enden Sachsen und Preußen Deutschlands am 21. und 22. Januar. Aller Augen im deutschen Reich sind gerichtet auf den 16. Wahlkreis in Sachsen, wo keine gewöhnliche Nachwahl stattfinden soll. Um eine Protest-Wahl handelt es sich. Durch massenhaft gezeigerte Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels gelte es, Protest zu erheben gegen alle Bedrückung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes. Ein Menetekel soll der Ausfall der Wahl der herrschenden Gesellschaft sein.

An den Lippen der Referenten hingen die Tausende der Zuhörer, die Begeisterung aus den trefflichen Worten schöpften und tosender Beifall folgten den Vorträgen. Und Einverständnis herrschte überall, als die Versammlungsleiter vor Schluss der Versammlungen die Parole ausgaben, der Polizei und dem mit scharfen Patronen ausgerüsteten, des Befehls gewärtigen, bereitgehaltenen Militär keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben. Und dann vollzog sich in gewohnter Ruhe der Abzug der Tausende. Daß das Straßensbild belebter wurde, wenn solche Menschenmengen die Straßen entlang zogen, ist natürlich und kann nach jeder größeren Versammlung beobachtet werden. Ganz besonders aber fällt der Zug der Versammlungsteilnehmer nach dem Stadtmuseum vom Volkshaus aus auf, da von hier aus nur eine Straße die Verbindung nach der Stadt vermittelt. Inmitten dieser Straße befindet sich eine Polizeiwache. Hier stellten sich an den Dezembertagen zahllose Polizeibeamte so an, als die Spitze der herbeimarchierenden „Demonstranten“, die dann von berittenen Säublen in den Stadtmuseen empfangen wurden. Dann folgten Abperrungen verschiedener Straßen, die Menge laute, wurde warm, Aufse wurden laut, Differenzen mit der Schutzmanschenschaft kamen vor, kurz: die Straßendemonstration war feurig. Entstanden war sie nur durch das unbegreifliche Verhalten der Polizei. Der beste Beweis für diese Behauptung ist erbracht worden durch die Abwicklung der Dinge am 21. Januar. Man hatte sich vorgelesen. Polizei zu Fuß und beritten, das Militär, Infanterie und Kavallerie, stand bereit. Aber die Polizei ließ sich nicht sehen, als die Versammlungsbefüher sich in Massen nach der Stadt zu bewegen; in der Stadt gab es keine Abperrung, die Massen konnten überall unbehindert passieren und fanden so keinen Anlaß, sich anzumehnen. Alles ging ruhig ab, trotz der ungeheuren Erregung, die durch die Bekanntmachung des Polizeidirektors an den Anschlagäulen, durch die Androhung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen entstanden war. Kein förmlicher Zwischenfall ist bekannt geworden. Die Disziplin der Arbeitermassen hat sich glänzend bewährt. Hoffentlich lernt aus diesem musterhaften Verhalten der Arbeiterchaft auch die Polizei, daß sie in Zukunft etwas in der

Badische Politik.

Der Fall Gaissert

hat den Zentrumsherrschäften bedenklich auf die Nerven geschlagen. Vergeblich bemüht sich die Zentrumspresse, der Angelegenheit eine nach Möglichkeit harmlose Deutung zu geben. Allein alles, was zur Entschuldigung des Herrers Gaissert angeführt wird, ist eben so jehuitische Wortflauberei. Abgesehen davon, daß der Herrerr Gaissert angeführt wird, ist eben so jehuitische Wortflauberei. Abgesehen davon, daß der Herrerr Gaissert angeführt wird, ist eben so jehuitische Wortflauberei. Abgesehen davon, daß der Herrerr Gaissert angeführt wird, ist eben so jehuitische Wortflauberei.

Für ungültig erklärt

wurde in der Wahlprüfungskommission mit 8 gegen 2 Stimmen die Wahl des Abg. Wittmann (Zentr.) für den Bezirk Bounsdorf. Das Plenum, welches sich heute mit dieser Wahl beschäftigt wird, fällt zweifellos dieselbe Entscheidung. Dabei wird es zu scharfen Auseinandersetzungen kommen.

Ueber den Vermögenssteuerentwurf

Die Eidd. Reichst. mit: Der Ertrag der Vermögensbesteuerung soll mindestens der gleiche, womöglich aber ein höherer sein, als das Erträgnis der bisherigen Ertragssteuern zusammen. Letzteres befaßt sich gegenwärtig auf 8293 825 Mk. Hierbei ist der seitige Steuerfuß der Kapitalrentensteuer von 12 Pfg. von 1000 Mark zugrunde gelegt. Es sich in der nächsten Budgetperiode die Finanzlage weiter soweit gebessert haben wird, daß nur auf das bisherige Steuererträgnis (siehe die in der vorigen Budgetperiode vorgenommene Steuererhöhung) abgehoben zu werden braucht, ob insbesondere dieses Erträgnis ausreichen wird, um gegenüber den an den Staat gestellten gesteigerten Ansprüchen das Gleichgewicht zu halten, kann erst bei Aufstellung des Budgets 1906/07 beurteilt werden. Sollte jenes Budget einen günstigen Abschluß aufweisen, so würde der Steuerfuß von 10 Pfg. auf 100 Mk. ausreichen, um das bisherige Steuererträgnis (im normalen Stande) von 7 903 825 Mark zu erzielen; es wäre sogar ein Ueberschuß von etwa 16 000 Mk. zu erwarten. Unbedingte Voraussetzung der Einführung eines Steuerfußes von nur 10 Pfg. wäre aber, daß an dem Vermögenssteuerentwurf keinerlei Aenderungen vorgenommen werden, die den Ertrag der Steuer mindern und daß keine der bestehenden Steuern aufgehoben wird.

Sowohl der Befehl der gewerblichen Progression als die Forderung des völligen Schuldenschnitts, jedes für sich würde schon die Erhöhung des Steuerfußes auf 11 Pfg. beide Aenderungen zusammen aber auf 12 Pfg. erforderlich machen, wobei zudem eine günstige Finanzlage vorausgesetzt ist. Würde aber die Fleischsteuer aufgehoben, die im Jahre 1904 774 143 Mk. abgeworfen hat, so würde schon die Maßnahme für sich die Erhöhung des Steuerfußes um 1 Pfg. oder bei Aenderungen des Gehaltsentwurfs, die den Ertrag der Steuer mindern, um mehr als 1 Pfg. bedingen. Bei Anwendung der Bestimmungen des neuen Entwurfs sind die Vermögenssteuerwerte nach dem Stande vom 1. April 1904 folgendermaßen zu veranschlagen: Grundbesitz- und Gebäudevermögen 5 859 490 885 Mk., gewerbliche Vermögenswerte 1 457 948 790 Mk., Kapitalvermögen 2 182 667 642 Mk., Summa 9 500 107 217 Mk. Hierzu gehen ab die Schulden der Gemeinden und Kreise 2 29 892 782 Mk., drei Viertel der sonstigen Schulden mit 1 000 000 000 Mk., 1 850 000 000 Mk., Summa 1 579 892 782 Mk. Er verbleibt somit ein Gesamtvermögenssteuerantrag von 7 920 214 435 Mk. Bei fünfziger Ertrag der Vermögenssteuer ergibt sich bei einem Steuerfuß von 10 Pfg. 7 920 214 435 Mk.

Wolkershausen, 22. Jan. Gestern, am letzten Tage vor der Stichwahl, fanden hier zwei Wählerversammlungen statt. Die Zentrumsvorversammlung wurde davon bemaß, um bei armen Leuten gewislich zu machen, daß, wenn sie nicht schwarz wählen, ihnen die Pflichten genommen würde.

Die Versammlung der Volksparteien war für unsere Partei besonders deshalb von großem Interesse, weil wir mit unserer Stimmzettel auf 18. Januar an zweite Stelle gerückt sind. Herr Abg. Wendt, Amtmann Stern und Genosse Strohm hatten die Referate übernommen. Die Ausführungen unseres Genossen fanden lebhaften Beifall.

Die sozialdemokratischen Wähler von Wolkershausen werden den Aufforderungen unseres Genossen, sich zu organisieren, mit Energie nachzukommen versuchen.

Deutsche Politik.

Bismarck über das preussische Wahlrecht.

Bereits am 28. März 1867 (also vor 39 Jahren!) brandmarkte Fürst Bismarck im konstitutionellen Reichstage des Norddeutschen Bundes das preussische Dreiklassenwahlrecht. Er rief denen, die sich gegen das heute geltende Reichstagswahlrecht wandte, nach dem amtlichen Stenogramm folgende Worte zu: „Was wollen denn die Herren, die das anfechten, und zwar mit der Reichstimmung, deren wir bedürfen, an dessen Stelle setzen? Etwas das preussische Dreiklassenwahlrecht? Ja, meine Herren, wer das in Erwägung und die Konstitution, die es enthält, ernstlich prüft, etwas in der

Nähe beobachtet hat, muß sagen: ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden; ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt. Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht.“

Wo bleibt das Dementi?

In dem Aufruf der französischen Arbeiter-Syndikate gegen den Krieg und die Kriegstreiber, welchen gewisser Macher in der Karloffrage war, wie wir berichteten, eine sehr ernste Wendung enthalten, die der sonst so geschäftige offizielle Telegraph übersehen hat, — augenblicklich mit Absicht. Da bis jetzt weder in der französischen noch in der deutschen offiziellen Presse ein Dementi zu finden war, sei hier die betreffende Stelle noch einmal zitiert:

Im Juni 1905 wurde die Kriegserklärung nur durch den Eintritt Delcassés verhindert. Seitdem hängt der Krieg an dem geringsten Zwischenfall. Das ist so wahr, daß am 19. Dezember 1905, nachdem der französischen Regierung die Rückberufungsbefehl des deutschen Botschafters in Paris bekannt geworden war, die telegraphischen Verbindungen während vier Stunden suspendiert waren, damit der Minister nötigenfalls die Rückberufungsbefehl in aller Eile erteilen konnte.

Nun, wie inzwischen bekannt geworden, ist der Telegraph tatsächlich am 19. Dezember während vier Stunden suspendiert gewesen. Trotzdem erscheint die Behauptung, daß der deutsche Botschafter in Paris bereits die Rückberufungsbefehl erhalten habe, so unangebracht, daß man sie nicht glauben kann. Die Behauptung enthält insofern eine Unterlage, als um diese Zeit die Berlegung der Konferenz von Algieras nach Madrid, die von Frankreich und England verhandelt wurde, der sich jedoch Deutschland energig widersetzt, als Vorschlag Spaniens aufstand. Zu bemerken ist ferner, daß am 18. Dezember der deutsche Botschafter in Madrid, Herr v. Radonitz, plötzlich in Paris eintraf, um mit dem Pariser Botschafter zu konferieren. Sei nun dem wie immer, eine derart bestimmt ausgesprochene Behauptung, die in derer Woche an allen Straßenecken Frankreichs zu lesen war, kann die deutsche Regierung nicht unüberprüft lassen. Heraus also mit der Sprache!

Politische Ordnungsverleihungen.

Das Ordensfest, das dank der Fürsorge der Polizei unter voller Teilnahmslosigkeit aller Schichten der Berliner Bevölkerung verlief, hat einige neue Ordnungsverleihungen gebracht, die als politische Zeichen der Zeit Beachtung verdienen. Es wurden nämlich zahlreiche Politiker, die in der letzten Zeit als fanatische Gegner des gleichen Wahlrechts hervortraten, mit hohen Ordensauszeichnungen bedacht. Deforziert wurden u. a.: Freiherr v. Zebitz-Kentrich, der im preuss. Landtag und in der Presse gegen das Reichstagswahlrecht und das gleiche Landtagswahlrecht, südlich der Mainlinie, steht. Dr. Bötzger, der „jungliberale“ Reichstagsabgeordnete, der im Tag das gleiche Wahlrecht in Preußen für eine „groteske Utopie“ erklärte, Chefredakteur Kippeler, der in der Tageslichen Rundschau log, die Sozialdemokraten wollten am 21. Januar einen Marich gegen das königliche Schloß unternehmen, und der erklärte, die „Fehler“ seien nur mehr „durch den scharfen Knall der Kleinfolbrigen“ zur Ration zu bringen. Chefredakteur Kunge, der in der Nordd. Allgem. Zeitung die Hamburger Wahlrechtskämpfer als „Pflünderer verleumdete und bemerzte, eine Grenze zwischen dem „Rob“ und „dem, was sich proletarisch nenne“, könne nicht gezogen werden. Deforziert wurden ferner auch die berichtigten Scharfmacher v. Heidebrandt, Silber und Reumer, die Hauptgegner des Bergarbeiter-Schutzes, Karborff, Gamp, Jerner und H. A. Buedt, der Held der Zwölftausendmark-Affäre.

Das Glück, mit diesen Herren zugleich ausgezeichnet zu werden, hatten u. a.: Die Zentrumsleute Balleström, Marcour und Sige, die Liberalen Sattler, Robichins und Gagemann und die „Freisinnigen“ Dove, Kämpf, Münsterberg und Wolff-Lissa.

Wir finden die Deforrierung ganz in der Ordnung, namentlich die „Auszeichnungen“ der Zentrums- und Freisinnigen. Dem Verdienste seine — Orden. Schließlich wird man im Berliner Schloß schon wissen, wer eine „Auszeichnung“ — redlich verdient.

Das beleidigte Parlament, das den Staatsanwalt zur Reparatur seiner Ehre ruft, leistet sich Sachen! Der Reichstag, die Landtage, selbst das preussische Herrenhaus haben es nie abgelehnt, wegen ramponierter Ehre zum Nadi zu laufen. Sächsischen Zweite Kammer, die allen Anlaß hätte, humstüßig zu sein, läßt sich durch den Staatsanwalt seinen Ehrenschild wieder blankpolieren, der durch nichts als durch die rote Leipziger Volkszeitung und deren Tochter, die Muldenthaler Volkszeitung besudelt ist.

Die Ständekongresse, die bei Beratung des zu stellenden Strafenkreises in der Kammer stattfand, die Sandstrabung der Geschäfts-„Ordnung“ — durch den Präsidenten Dr. Mehnert, — das ist ganz etwas anderes, das beeinträchtigt die Ehre dieses „hohen“ Hauses nicht im geringsten.

